

## Aggressionen aus der Nachbarschaft

VON ROSE GERDTS-SCHIFFLER

**Bremen.** Lara Freudmann hat einen bürgerlichen Namen, doch den möchte sie **nicht verraten**. Für die „Gäste“, wie sie ihre **Freier** nennt, ist sie seit Jahren „Lara“. Wer die **gebürtige Rumänin** im Büro ihres Rechtsanwaltes Uwe Piehl treffen würde, käme nie auf die Idee, sie mit dem **Rotlichmilieu** in Verbindung zu bringen. Leise und zurückhaltend spricht die **37-jährige**. Sorgsam sucht sie im Gespräch nach den passenden Worten, wägt jeden Satz ab.

Mit dem Klischee einer **Puffmutter** hat Lara Freudmann **äusserlich denn auch nichts gemein**. Vergeblich sucht man in ihrer Mimik und Gestik nach Spuren einer energischen, hartgesottenen Frau, die notfalls auch mal einen unverschämten Freier vor die Tür setzt. Gleichwohl **behauptet sich** die Frau schon seit vielen Jahren **im Milieu**. Erst in Rumänien, dann in Deutschland. Im Oktober letzten Jahres kaufte sie in Bremen schließlich ein eigenes Haus, um dort, gemeinsam mit „Kollleginnen“ in einer „schönen Atmosphäre“ anschaffen zu gehen

Die Adresse in der Essener Straße in der Neustadt wurde unfreiwillig über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Schließlich löste das Bordell in der Anwohnerschaft heftige Kritik aus. „Die Nachbarn reagierten aggressiv auf die Frauen und die **Freier**“ (1), erzählt Lara Freudmann. Vereinzelt seien die Frauen auch als „Nutten“ beschimpft worden. „Das hat mich getroffen.“ Unterstützung habe sie nur bei dem Bremer Verein Nitribitt gefunden, der Sexarbeiterinnen berät und unterstützt.

Die Frau mit dem eindeutigen Künstlernamen kann nicht nachvollziehen, warum sie mit ihrer Arbeit soviel Zorn auf sich gezogen hat. In ihrem Haus habe es keinen Menschenhandel oder Ausbeutung gegeben, versichert sie. „Das war alles legal.“ Ab 22 Uhr hätten sie zudem Feierabend gemacht. Notgedrungen arbeite sie nun zur Miete unter einer anderen Bremer Adresse, mit einer Nachbarschaft, die sich nicht an dem **Treiben** in der Wohnung störe. Auch in Findorff habe sie zuvor ohne Probleme **Freier** (2) in einer Wohnung empfangen können.

Von einem großen Bordell in einem Gewerbegebiet hält Lara Freudmann nichts. „Viele Gäste vollen ihren Besuch bei einer Prostituierten geheim halten und schätzen die Privatatmosphäre einer Wohnung“. Solche Männer würden nie in ein Großbordell am Rande der Stadt gehen.

Ihr Anwalt Uwe Piehl hat inzwischen Widerspruch gegen den Sofortvollzug der Schließung ihres Hauses in der Essener Straße eingelegt. Nach seiner

## Klaus Fricke - Kommentierungen

violett: ab- und entwertend konnotierter Sprachegebrauch

rot: sachlich falsch

grün: Verletzung der Vorabsprachen zum Interview

„**nicht verraten**“ - Geheimniskrämerei wird angedeutet. Stigmatisierung und Diskriminierung als Grund für die Wahl eines Pseudonyms nicht erwähnt. Ebenso bleibt unberücksichtigt, dass es sich um einen Beruf handelt, bei dem es um Intimes und Privates geht, der Nichtöffentlichkeit und Diskretion erfordert, es strukturell also um einen Bereich des Verborgenen geht, der nicht zu verraten ist.

„**Gäste**“, wie sie ihre **Freier** nennt (neutral: Kunden) - Die Aussage, es handele sich bei den Kunden, die zu ihr kommen für sie um ihre **Gäste** wird nicht akzeptiert. Aus ihren Gästen werden Freier. Die Verwendung der Anführungszeichen bei „Gäste“, ist nicht zur Kenntlichmachung eines wörtliches Zitates verwandt, sondern erzeugt im Zusammenhang mit einer De-/Rekonstruktion von Bedeutung, zum Freier, eine Ent- und Abwertung durch Konnotierung der Aussage Gäste als abwegig, irrig, unzulässig, anormal, unverständlich, falsch. Ein Missbrauch von Definitionsmacht.

**gebürtige Rumänin** - sachlich falsch

**37-jährige** - Es war vereinbart worden keine persönlichen Details zu veröffentlichen, auch keine Real-Altersangabe. Die zählt bei sexuell Dienstleistenden zum Betriebsgeheimnis. Veröffentlichung kann geschäftsschädigende Folgen haben und konkret hatte sie das. Gäste beschwerten sich danach über die nicht wahrheitsgemäße Altersangabe in der Werbung für die / von der Kunstfigur „Lara Freudmann“

**Rotlichmilieu ... Puffmutter ... äusserlich denn auch nichts gemein ... behauptet sich im Milieu.** Entgegen den als bedacht beschriebenen Aussagen, der Erscheinung und der Betriebsführung von Lara Freudmann wird diese dem Rotlichmilieu und damit einem kriminellen Umfeld zugeordnet, von dem diese sich, durch den eigenen Betrieb und die alternative Betriebsführung emanzipiert hat. Die zuvor erfolgte wertende Aussage „verraten“, die bevormundende, schulmeisternde, und überhebliche Rückdefinition von Gästen zu Freiern, sowie die damit verbundene Ab- und Entwertung der persönlichen Aussage, wirken - als unterstellter Mangel an Seriosität, Glaubwürdigkeit und realistischer Weltsicht - in die gleiche Richtung wie der Hinweis „äusserlich nichts gemein“ und die abschliessenden Feststellung, sie hätte sich im Milieu behauptet - als Zuschreibung der Zugehörigkeit zum Rotlichmilieu. Das Stigma kriminogen ist konstruiert. Ob dies subtil gewollt oder unbewusst

Überzeugung ist die behördlich angeordnete Schließung ein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit und nach dem Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 nicht mehr „zeitgemäß.“

Jede Anwaltspraxis, in der Juristen als Strafverteidiger arbeiten, ziehe eine problematisches Klientel an als ein Bordell, ist Piehl überzeugt. Schließlich müssten Strafverteidiger mit Straftätern reden. Freier dagegen bildeten einen repräsentativen Querschnitt der männlichen Bevölkerung ab.

„Lara“ mag zudem nicht daran glauben, dass Freier an x-beliebigen Haustüren in der Essener Straße geklingelt und dort um sexuelle Dienstleistungen nachgefragt haben sollen. Sie sieht an sich herunter uns zeigt auf ihren unauffälligen Hosenanzug. „Wer Gäste empfängt, sieht anders aus.“

den eigenen Vorverurteilungen und übernommen Klischees folgend geschah, bleibt offen. Jedoch sind mangelnde journalistische Klarheit, fehlende Trennung von Bericht und Kommentar, Interpretation, Wertung festzuhalten. Auch wenn nicht vorsätzlich manipulativ erfolgt, eine kriminalisierende, beleidigende, übel nachredende, diskriminierende, ab- und entwertende, für seriöse journalistische Tätigkeit inakzeptable, unethische Vorgehensweise.

**Freier** - der Begriff ist nicht für ihre Kunden gewählt worden. Der gewählte, positiv wertende und den Sachverhalt der Kundenbesuche angemessener beschreibende Begriff **Gäste** war von ihr gewählt worden. In Missachtung des ihr attestierten ruhigen, zurückhaltenden Auftretens - wurde ihre Bedeutungsgebung **Gäste** de- und die des Freiers rekonstruiert. Das ist nicht nur schulmeisternd, sondern erfüllt das Kriterium der „Ausnutzung der mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbundenen Hilflosigkeit, durch eine Inhaberin (Redakteurin) von medialer Definitionsmacht. Trotz der Attestierung, also im Wissen darum, dass sie ihre Worte und Sätze mit bedacht wählt, wird diesen Worten kein Gewicht gelassen. Es ist anzunehmen, dass der Begriff hier sowohl in der wörtlichen Aussage (1), als auch in der die Wiedergabe einer wörtlichen Aussage vortäuschenden Textpassage (2), untergeschoben wurde. Eine weitere Ab- und Entwertung der Person, wie sie gerade in Zeiten der Aufklärung über patriarchale Strukturen, von gebildeten Frauen gegenüber Frauen in randständigen Positionen dringend zu vermeiden wäre. Dies sollte eigentlich zum journalistischem „state of the art“ und zur journalistischen Ethik gehören.

### Treiben

abwertende Wortwahl für eine intime, kenntnisreiche, professionelle Dienstleistung. Konstruktion des Stigmas Sexarbeitende = Schlampen. Diskriminierung, Ab- und Entwertung sexueller Dienstleistungen.

Frau Gerds-Schiffler arbeitet heute als Sprecherin des Senators des Inneren, Mäurer. Es liegt nahe zu vermuten, dass ihr solche - die mediale Definitionsmacht nutzende, diskursleitende Berichte - und ihre damit nachgewiesene affirmative Expertise, den Weg in das Amt geebnet haben.

Das Klischee sexuell Dienstleistende würden ihren Körper verkaufen: Nein, sie verkaufen eine intime Dienstleistung, die auf Körper/Seele/Geist bezogen ist, auch vermittels des Einsatzes ihres Körpers. Auf Journalist\_innen wie Frau Gerds-Schiffler bezogen: prostituieren (verkaufen) die Seele und Geist? Nein, sie schreiben, auch im Interesse eigener Karriere, Texte für den affirmativen Diskurs des Etablierten.

Gut dass es noch ehrliche Sexarbeit gibt

## Liberales Gesetz nutzt vor allem Zuhältern

VON ROSE GERDTS-SCHIFFLER

**Bremen. Prostitution heißt es, sei das älteste Gewerbe der Welt. Ulrich Mäurer kann den Spruch nicht mehr hören. „Tatsache ist doch, dass es ein Milieu ist, in dem Frauen seit Jahrhunderten versklavt und ausgebeutet werden“ Auf der Innenministerkonferenz Ende Mai will Mäurer seinen Kollegen deswegen eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten, wie das Prostitutionsgesetz verändert werden soll.**

Im Jahr 2002 hatte der Gesetzgeber den Bereich liberalisiert. Ziel der Veränderung war es, die Situation der Prostituierten zu verbessern. Wer **seitdem seinen Körper zum Verkauf anbietet**, handelt folglich nicht sittenwidrig. Prostituierten-Organisationen begrüßten damals die Möglichkeit, einen leichteren Zugang zur Sozialversicherung zu erhalten, sowie die theoretische Möglichkeit, den Lohn notfalls einzuklagen. Prostitution, so verkündeten die Befürworter des Gesetzes, sei eben ein Beruf wie jeder andere.

Karin Buse, Staatsrätin im Innenressort widerspricht heftig. „Es ist kein **Beruf wie jeder andere**.“ Woanders gäbe es beispielsweise ein eingeschränktes Weisungsrecht des Arbeitgebers. Wenn eine Frau aber schon zehn Freier bedient habe und nicht mehr wolle, dann verstoße es gegen die Menschenwürde, wenn der **Bordellbesitzer sie auffordere**, noch die fünf Fußballfans vor der Tür abzufertigen.

### Anwohnerprotest ist gering

In den vergangenen Wochen schlugen die Wogen hoch: Eine kleine Initiative demonstrierte vor einem Bordell und forderte die Schließung des Freudenhauses in der Neustadt. Die Debatte um Prostitution und Sperrgebiete betraf aber überwiegend den legalen Bereich. „Die Gespräche mit dem Ortsamtsleiter machten in den vergangenen Wochen deutlich, dass sich nur wenige Anwohner von der Prostitution in Modellwohnungen gestört fühlten.“ zieht Mäurer eine vorläufige Bilanz. Gleichwohl wolle man die Beschwerden der Bürger ernst nehmen und künftig nicht erst reagieren, wenn die Medien darüber berichteten. Mithilfe des Bau- und Gewerbebereichs könne in Einzelfällen schnell Abhilfe geschaffen werden. Notfalls könnten auch einzelne Straßen zu Sperrgebieten erklärt werden.

Größere Sorgen bereitet dem Innensenator jedoch die Rotlichtszene, die unauffällig und abgeschottet ihre Geschäfte betreibt. Seit Monaten beschäftigt sich

**Versklavt und ausgebeutet** - Alle Frauen, zu allen Zeiten in diesem Metier? Gab es auch Frauen/Männer/Transsexuelle/Intersexuelle/Transvestiten/Queer, die selbständig und selbstbestimmt und eventuell sozial geachtet oder sozial und politisch einflussreich waren?

**Körperverschleiß:** Selbständig tätige Sexarbeitende verkaufen ihren Körper nicht. Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht ist nicht verkäuflich und grundrechtlich geschützt.

**Heftig** - a) Alle Berufe unterscheiden sich, für alle gelten spezielle Regeln. b) Staatsrätin Buse argumentiert entweder in Unkenntnis der gesetzlichen Situation (unwahrscheinlich), oder absichtsvoll Rechtsbeugend (Straftat im Amt?). Sie dequalifiziert sich damit als Expertin und ihr Amt, den Senator des Inneren, den Senat, als Sachwalter und Hüter der Rechtsordnung.

**Bordellbetreibende**, die diese Anordnung aussprechen, machen sich der dirigistischen Zuhälterei strafbar - StGB 181a (1) 2.

eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution. Für Mäurer und andere Fachleute aus seinem Haus steht inzwischen fest: „Die Liberalisierung der Prostitution war im Sinne der Frauen gut gemeint. Genutzt hat sie aber vor allem den Zuhältern.“

### Polizei fehlen Zugangsrechte

So werde von den Befürwortern ausgeblendet, das Prostitution weiterhin in einem kriminogenen Umfeld stattfinde. Aufgrund fehlender Regelungen habe die Polizei kaum Zugangsrecht zu den Wohnungen und Frauen. Je weniger polizeiliche und soziale Kontrolle ausgeübt würden, desto häufiger komme es in dem Bereich zu Eigentums- Vermögens- und Gewaltdelikten.

Ein weiterer Aspekt der Liberalisierung sei, dass nur noch wenige Prostituierte, die inzwischen freiwillige Gesundheitsfürsorge betrieben. „Manche Untersuchungen gehen von gerade mal fünf Prozent der Betroffenen aus“, gibt Katrin Buse zu bedenken. Dies sei nicht akzeptabel, wo doch jede Imbissverkäuferin und jeder Koch ein Gesundheitszeugnis vorlegen müssten.

Der Kontakt zu Ärzten gebe den Frauen zudem die Chance, bei Bedarf Hilfe zu holen und Informationen zu bekommen. Der Polizei erlaube eine verpflichtende Gesundheitsvorsorge wiederum, Prostituierte überprüfen zu können und zugleich Zugang zu potentiellen Opfern von Menschenhandel zu bekommen.

Der Innensenator möchte das Prostitutionsgesetz auf Bundesebene dahingehend verändern, dass alle Prostituierte verpflichtet werden, künftig ihre Tätigkeit zu melden. Für Bordelle soll nach den Plänen der Bremer Innenbehörde eine

**Liberalisierung** - Durch das Prostitutionsgesetz kam es zu keiner Liberalisierung in der/für die Prostitution, sondern erstmals zu subjektiven Rechtsansprüchen für Sexarbeitende in Bezug auf ihre Tätigkeit. Eine Liberalisierung war nicht möglich. Prostitution war zuvor nicht verboten. Sexarbeit wurde erstmals der Regulierung innerhalb des Rechtssystems unterworfen. Ermöglicht wurde das durch eine implizite aber nicht vollständige Aufhebung des exkludierenden Sittenwidrigkeitsverdiktes. Die diesbezügliche Einheit der Rechtsordnung ist bis heute nicht hergestellt. Gewerberechtlich gibt es z.B. noch den Vorbehalt der „sozial unwerten Tätigkeit“. In der StPO § 104 (2) gilt der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung nicht für Stätten, von denen bekannt ist, dass in ihnen der Prostitution nachgegangen wird. Es wird im Gegenteil pauschal von einem kriminogenen Umfeld gesprochen, der Nachweis bleibt aus (Anfrage der Grünen zur Entwicklung Menschenhandel - Bundesregierung: kein Anstieg, kein besonderer Handlungsbedarf). Es ist lediglich denkbar, dass Sexarbeitende im verstärkten Maße kriminellen Übergriffen seitens der Kunden ausgesetzt sind. Darüber gibt es aber keine Daten seitens des BKA Lageberichtes (statistisch nicht vorgesehen). Sofern es einen Anstieg der angezeigten Delikte seitens Sexarbeitender gibt, ist dies eventuell ihrer verbesserten Rechtsstellung durch das ProstG zu verdanken.

**Gesundheitszeugnis** - Das ProstG hat nichts mit dem InfektionsschutzG (v. 1.1.2001) zu tun. Dieses wurde unabhängig vom ProstG erlassen. Für die Aufhebung der Zwangsuntersuchung sprachen und sprechen wichtige sachliche Gründe. Sie ist als Leitsatz medizinisch „state of the art“. Bei dem Gesundheitszeugnis für Imbissverkäuferinnen handelt es sich um ein Zertifikat, das nach Belehrung über Hygienevorschriften seitens des Gesundheitsamtes an Küchenmitarbeiter\_innen vergeben wird. Die Belehrung beinhaltet unter anderem dem Hinweis auf die Tatsache, dass Cholerapatienten bis zu 20 Liter Wasser je Stunde durch Durchfälle verlieren. Solange Mitarbeiter\_innen dann in Küchenbetrieben tätig sind hat dieses Gesundheitszeugnis Bestand. Frau Buse, machen sie bitte ihre Hausaufgaben. (siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Infektionsschutzgesetz>)

**Kontaktärzte und polizeiliche Überprüfung** - Sollen Ärzte anstelle des Patientenschutzes und der Vertraulichkeit des Verhältnisses zwischen Arzt Patienten Vertrauenspolizeiliche Aufgaben übernehmen? Ist Gefahr im Verzug, dass der Polizei das Grundrecht zur Überprüfung Sexarbeitender zugebilligt werden muss und der rechtsstaatliche Grundsatz der Unschuldsvermutung für Sexarbeitend nicht gilt? Braucht es in der Sexarbeit die anlasslose präventive Nachschau? Und glaubt irgend jemand im Ernst, dass wäre eine Hilfe für die Frauen in der Sexarbeit?

Erlaubnispflicht eingeführt werden. „Eine solche Erlaubnis kann unter bestimmten Voraussetzungen versagt, entzogen oder mit Auflagen erteilt werden“, betont Staatsrätin Karin Buse. Außerdem sollte Prostitution erst ab 21 Jahren zulässig sein. **Untersuchungen des Bundeskriminalamtes** hätten gezeigt, dass fast **60 Prozent der Opfer von Menschenhändlern jünger als 21** Jahre waren. Zudem könnten **ältere** Frauen eher überblicken, auf was sie sich einließen.

Karin Buse rechnet mit Unterstützung auf der Innenministerkonferenz und **Kritik in Teilen der Öffentlichkeit**: „Es ist schwer, eine Liberalisierung auf Gesetzesebene zurückzunehmen, ohne sofort in die **reaktionäre Ecke** gestellt zu werden.“

**BKA Lagebild** - Zeigen diese Untersuchungen auch, dass durch die Novellierung des StGB § 232, alle in der Sexarbeit angetroffenen Personen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren seit 2005 als Opfer von Menschenhandel gelten, solange nicht der Nachweis erbracht wurde, dass niemand als lediglich sie selber sie dazu gebracht hat, der Sexarbeit nachzugehen und dadurch nach 2005 die Zahl der von Menschenhandel Betroffenen Personen in dieser Altersgruppe erheblich anstieg, ohne dass diese Personen wussten, dass sie von Menschenhandel betroffen waren? Gilt im Strafrecht im Zukunft der Grundsatz der umgekehrten Beweislast? **Ältere** - Soll das Wahlrecht demnächst auf 21 Jahre angehoben werden?

**Kritik der Öffentlichkeit an Reaktionären** - Niemand, ausser sie selber Frau Buse, hat sie in die reaktionäre Ecke gestellt. Das ProstG hat erstmals subjektiv einforderbare Rechte für Sexarbeitende geschaffen und damit Sexarbeitende in das Rechtssystem inkludiert. Es kam also zu einer gesetzlichen Regulierung einer zuvor durch das Sittenwidrigkeitsverdict rechtlosen und sozial exkludierten Gruppe von Bürger\_innen. Nicht Liberalisierung sondern Regulierung. An die Stelle von Willkür und sozialer Ächtung trat Recht. Und ja, tatsächlich, diesen Bürger\_innen diese Rechtsposition zu entziehen, sie als generalverdächtig unter die Verfolgung durch den Staat oder in die Willkür des freien Spiels der Kräftigen zu entlassen, steht im Widerspruch zur Aufgabe aller staatlichen Gewalt und ist zutiefst reaktionär. Tragen sie die Kritik bitte wie ein Mann und jammern sie bitte nicht über die kritische Öffentlichkeit. Das Gejammer kennt man von Machthabenden, die lupenreine Demokraten sind! Und Herr Mäurer, der Fisch stinkt vom Kopf. Solche Gesinnung bei Ihrer Staatsrätin lässt bei mir die Fliegen von der Wand fallen.

Generalverdacht gegen eine Gruppe von Menschen  
Umkehrung der Beweislast  
Zwangsuntersuchung von Menschen dieser Gruppe  
Anlasslose präventive Nachschau bei dieser Gruppe von Menschen

Geht es Ihnen noch gut Frau Buse und Herr Mäurer?